

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Quicker,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Herzth. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 68

Sonntag, 14. Juni.

1874.

Bekanntmachung.

Mit Beginn des 3. Quartals — 1. Juli 1874 — werden
Bestellungen auf den „Volksstaat“ für Leipzig und Umgegend
direkt bei Unterzeichneter oder durch die Colporteurs
nur gegen Vorausbezahlung,

gleichviel ob Quartals- oder Monatsabonnement, angenommen.
Die Filial-Expeditionen sowohl als diejenigen, welche per Kreuz-
band oder Couvert beziehen und nach Verfluß von 8 Tagen nach
dem Ersten jeden Monats die Abonnementsbeträge nicht eingesandt
haben, erhalten keine weiteren Zusendungen.

Die Restanten, namentlich von Leipzig und Umgegend, werden
ersucht, baldigst ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Leipzig, den 12. Juni 1874.

Die Expedition des „Volksstaat.“

Politische Uebersicht.

— Lessendorfs-Stieber an der Arbeit. Die Berliner
„Volkzeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 10. Juni:

„Hausfuchungen bei den Führern der Sozialdemokratie. Am
Montag (8. d. Mtz.) fanden in früher Morgenstunde gleichzeitig
polizeiliche Hausfuchungen bei den bekannten Führern der hiesigen
Sozialdemokratie statt. Dem Vernehmen nach steht diese Maß-
regel im Zusammenhang mit ähnlichen aus den Provinzen ge-
meldeten, welche herangestellt haben sollen, daß der „Allgemeine
deutsche Arbeiterverein“ nicht, wie vorgegeben wird, ein einheit-
licher, zu Berlin domicilirender Verein, vielmehr aus selbstständigen
Zweigeinheiten in fast allen Städten Deutschlands unter Ober-
leitung des hiesigen Centralausschusses zusammengesetzt ist und
mithin gegen das ausdrückliche Verbot des § 8, Lit. b, des Ver-
einengesetzes vom 11. März 1850 verstößt. Hiernach geht der
„Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ nach den Strafbestimmungen,
welche eben dieses Gesetz enthält, dem Schicksale einer abermaligen
Schließung entgegen, welchem er wahrscheinlich schon früher erlegen
sein würde, wenn die hiesigen Gerichte es nicht unmittelbar nach
der Schließung im Jahre 1868 abgelehnt hätten, die Identität
des sofort von dem damaligen Präsidenten J. B. v. Schweizer
wieder ins Leben gerufenen Vereins mit dem rechtskräftig ge-
schlossenen als nachgewiesen anzusehen. — Ueber das Resultat der
einzelnen (man spricht von 20) Hausfuchungen ist nichts Näheres
bekannt, die sämtlichen weggenommenen Akten, Bücher und Pa-
piere sind sofort von der Kriminalpolizei dem Staatsanwalt
Lessendorfs zugestellt worden.“

Ueber dieselbe Kazzia lesen wir in dem Bismarck'schen Leib-
organ, der „Norddeutschen allg. Zeitung“:

„Wie wir vernehmen, hat die hiesige Polizeibehörde sich im
Einkverständnis mit der Staatsanwaltschaft veranlaßt gesehen, den
Treibern der sozialdemokratischen Partei, zunächst vom Standpunkte
des Vereinengesetzes aus und auf Grund der bestehenden ungefehr-
lichen Verbindung der sozialdemokratischen Vereine unter einander,
näherzutreten. Gestern Morgen hat sowohl bei Hrn. Hasselmann,
als auch bei sämtlichen übrigen Führern der sozialdemokratischen
Partei eine Hausfuchung stattgefunden, deren Ergebnis nach vor-
läufiger Uebersicht von Bedeutung sein dürfte.“

„Von Bedeutung“ — ja, der Quantität nach, denn als Re-
sultat der Hausfuchungen wurden allein aus der Redaktion des
„Neuen Sozialdemokrat“ und der Wohnung des Herrn Hasen-
hauer „13 große Pakete per Droschke zur Polizei geschafft“. Bie-
mäßig viel, aber wir sind überzeugt, bei dem ersten besten Kasträmer
kümte man noch mehr Makulatur vorgefunden, und „zunächst“ ist
Makulatur Makulatur.

Wir dächten, die Gesellichkeit der Organisation des Allg.
D. A. wäre schon durch verschiedene Richtersprüche zur Genüge
festgestellt. Die Herren Lessendorfs und Compagnie scheinen sich
aber mit aller Gewalt den rothen Rock der Gesellschaftsretterei
verleihen zu wollen. Nun — uns kann recht sein, wenn sie mit
der gesellschaftsretterischen Nase empfindlich aus preussische Vereins-
gesetz anstoßen. Habeant sibi. Prost!

Wie unseren Lesern bekannt, hat auch bei unserem Parteige-
nossen Heinsch eine Hausfuchung stattgefunden. Vier Criminal-
beamte entwickelten ihre Thätigkeit für die „heilige“ Ordnung der
„besten der Welten“. Das Resultat war die Beschlagnahme eines
ausführlichen Pakets Broschüren, „Volksstaat“ u. Geschiedenes
was nicht zu finden. Daß auf diese Weise der Sozialdemokratie
weder „zunächst“ noch späterhin „näherzutreten“ ist, scheint das
offizielle Berliner „Volkblatt“ zu ahnen; es schreibt:

„Unserer Ansicht nach sind Ultramontane wie Sozialdemokraten
keine politisch berechtigten Parteien, sondern schlechthin
revolutionäre, auf den Umsturz des Gesetzes, der Ordnung
und der Sittlichkeit hinarbeitende Coterien, die auf die
„heiligsten“ Körperlichkeiten keinen Anspruch haben, welche die pa-
lamentarischen Körperschaften Deutschlands ihnen bisher haben an-
geweiht lassen“. Wir freuen uns deshalb, zu vernehmen, daß
die Staats-Regierung als die berufene Hüterin des Gesetzes und
der Sitte entschlossen ist, wie dem Mainzer Verein der Ultramonta-
nen, so dem Unruhe gegenüber, der unter der Heuchlermaske
der Redefreiheit in den sozialdemokratischen Versammlungen verübt
wird, mit größerer Strenge die Autorität der beiden Mächte des
Gesetzes und der Sitte ansrecht zu erhalten.“

Also die Herren, die hinter dem „Volkblatt“ stehen, wollen
uns nicht als „politisch“ berechtigte Partei“ anerkennen. Gut.
Das Plaisir mögen sie sich machen. Wir aber werden ihnen nicht
das Plaisir machen, den Boden ihrer eigenen Gesetze zu ver-
lassen. Auch auf dem Boden der gegen uns gerichteten Klassen-

gesetze unserer Feinde fühlen wir uns stark genug, mit unseren
Feinden fertig zu werden.

Was die Phrase von der „chevaleresken Behandlung“ unserer
Partei in den „parlamentarischen Körperschaften Deutschlands“ be-
trifft, so können wir sie nur auf Rechnung des Fufels setzen, den
Edgar Bauer mit großem Erfolg in die Redaktion des „Volks-
blatts“ eingeführt hat.

— Dem verantwortlichen Redacteur der „Hof-er Zeitung“,
Lienig, wurde vom Hof-er Stadtmagistrat verboten, Versamm-
lungen einzuberufen, oder in solchen als Redner aufzutreten, weil
er — „Ausländer“ sei. Auf eine Beschwerde Lienigs hob die
oberfränkische Kreisregierung dieses Verbot wieder auf. Lienig
wähnte nun, freie Hand zu haben und berief dieser Tage eine
Arbeiterversammlung ein mit der Tagesordnung: 1) die Genossen-
schaftsbuchdruckerei und ihre Beziehung zur Verbesserung der Lage
des Arbeiterstandes; 2) Aufklärung über die Untersuchungen in
Hof.“ Doch der Hof-er Stadtmagistrat verbot die Abhaltung der
Versammlung, „da, wie der „Frankf. Zig.“ gemeldet wird, aus
den begleitenden Umständen, insbesondere aus der Person des
Einberufers hervorgeht, daß die beabsichtigte Versammlung ledig-
lich eine solche der Mitglieder der beiden geschlossenen Vereine sein
soll und wird, und demnach eine Verletzung des Art. 24, Abs. 3
des Vereinsgesetzes zu erwarten steht.“

Wie in Hof, so ist es anderswo auch. So lange Beamte
wegen Verletzung der Gesetze oder Ueberschreitung ihrer Amts-
befugnis nicht zur Rechenschaft gezogen werden, so lange ist kein
Mensch vor Beamtenwillkür sicher. Und der Hof-er Stadtmagistrat
wird eine etwaige zweite Remedur der höheren Behörde mit der-
selben Seelenruhe hinnehmen, als ob es sich um eine väterliche
Ermahnung handelte. Uebrigens könnte die „Frankf. Zig.“ nicht
ganz Unrecht mit der Annahme haben, der Hof-er Stadtmagistrat
beabsichtige durch sein schroffes Verhalten einen Putsch zu pro-
vozieren, um zu einer Garnison zu gelangen. Der feigste Phi-
listen ist ja bekanntlich der grimmigste Sozialistenfeind und —
hinter Bajonetten ist das liebe Ich gesichert. Eine Garnison
bringt auch „Geld unter die Leute“, d. h. unter die Bürger; und
„Geschäft muß sein“. Das Silber und Kupfer der Soldaten für
die Bürger, das Blei der Soldaten für die Arbeiter — das ist
die richtige Weltordnung.

— Most's Gesuch um vorläufige Haftentlassung ist abschlägig
beschieden worden. Es gibt noch Richter in Berlin.

Gewerkschaftliches.

Bereit der Sattler und verwandten Berufsgenossen.
Hamburg. Die Mitglieder zu Hamburg legen Protest ein
gegen den Antrag der Dreßdner Mitglieder und angeblich auch
der Hamburger betreffs der Nichtabhaltung der diesjährigen Ge-
neralversammlung, indem 1) von Hamburg kein dahingehender
Antrag gestellt ist und 2) es unbedingt notwendig ist, eine
Generalversammlung abzuhalten.
Mit collegialischem Gruß
W. Flachsbart, Vertrauensmann.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Dresden. 10. Juni. Die Generalversammlung des Allgem.
deutschen Töpfervereins hat am 6., 7., 8. Juni getagt. Es waren
Delegirte aus Hamburg, Lübeck, Dresden, Meissen, München,
Nürnberg, Chemnitz, Augsburg, Stuttgart, Dessau anwesend. Der
Vorort wurde von Dresden nach Hamburg verlegt und der Dele-
girte Bilde aus Hamburg zum Vorsitzenden gewählt. Ferner
wurde beschlossen, eine rege Agitation vorzunehmen, damit der
Ausbeutung durch eine feste Organisation, die vollständig auf so-
zialistischer Grundlage gebaut sein soll, ein Ziel gesetzt werde.
Jedoch wird der Allg. deutsche Töpferverein nicht eher sich zu den
beiden sozialistischen Fraktionen betennen, bis dieselben sich ver-
einigt haben. Die Delegirten der beiden Fraktionen tagten ein-
müthig neben einander, nur die Sache ins Auge fassend. Kollegen
in Deutschland! Wir rufen Euch nochmals zu, tretet unserer Or-
ganisation bei, damit wir wenigstens in dem heutigen Gesellschafts-
zustande unsere Lage nicht noch mehr verschlechtern.

Briefe sind von jetzt ab zu richten an den Vorsitzenden in
Hamburg Julius Wilde, Speckgang 33.
Mit sozialdem. Gruß Traugott Schmeisser.

Gewerkschaft der Maurer u. Zimmerer.
Coburg. Das unterzeichnete Comité macht den Mitglied-
schaften der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer, sowie allen
Fach- und Ortsvereinen der Bauhandwerker, welche gewillt sind,
sich obiger Gewerkschaft anzuschließen, die Anzeige, daß die dies-
jährige Generalversammlung den 20., 21. und 22. Juni im
Schießhaussaale zu Coburg stattfindet. Das Comité fordert daher
auf, die Anmeldung der Delegirten, welche es recht zahlreich er-
wartet, rechtzeitig zu bewerkstelligen, damit für Quartiere gesorgt
werden kann. Ein Comité wird sich, an roten Schleifen kennt-
lich, am Bahnhof befinden und die ankommenden Delegirten im
Empfang nehmen; sollte ein Delegirter zufällig kein Comitémit-
glied am Bahnhof treffen, so hat sich derselbe in das Verkehrs-
lokal, Knopfs Restauration, Tubengasse zu bemühen.

Die Eröffnung der Generalversammlung geschieht Sonnabend,
den 20. Juni, Abends 7 Uhr, und ersuchen wir die Delegirten,
bis dahin am Plage zu sein.

Gefällige Anmeldungen bitten wir zu senden an Hrn. Albin
v. Nordheim, Bordere Kreuzgasse Nr. 68, Coburg.
Auf denn, Kollegen allerorts, zur Generalversammlung nach
Coburg!

Das Comité, J. A.: Albin v. Nordheim.

Metallarbeitergewerkschaft.

Holha. Berichtigung. Der Kassirer heißt nicht Marschner,
wie in Nr. 66 irrtümlich angegeben, sondern Marschall und
wohnt Hügelsgasse Nr. 28.

Correspondenzen.

Leipzig. Die Correspondenz aus Balthenburg i. S. (Nr. 65)
veranlaßt mich durch ihre letzten Worte zu einer kurzen Bemerkung.
Denn Worte lauten: „Ein Glück für den Herrn H. D., daß es
ein Mädchen war, an dem er sich vergriff, ein männlicher Arbeiter
hätte ihm mit gleicher Münze ausgezahlt“. War denn in der
ganzen Fabrik des Herrn H. P. kein Arbeiter, der sich ihm körper-
lich gewachsen fühlte, um ihm diese „gleiche Münze“ sofort auszu-
zahlen? Wo bleibt sonst die Solidarität der Interessen, das
Grundprinzip der Sozialdemokratie? Gegenüber dem körperlichen
Angriff eines Mannes gegen ein Mädchen hat Jeder das Recht
und die Pflicht, für letztere Partei zu ergreifen und dem Feiglinge
eine praktische Lektion zu geben, sobald er sich nur irgend gewachsen
fühlt. Hätte dies einer der Arbeiter in jener Fabrik gethan, so
wäre ihm der Dank vieler Kollegen und Kolleginnen in anderen
Fabriken sicher gewesen. Worte allein bessern Nichts.

Ein Arbeiter.

Niedersachsen. Am Sonnabend den 6. Juni fand hier eine
Volksversammlung von mindestens 700 Personen statt. Als Re-
ferent war unser Reichstagsabgeordneter W. Liebknecht erschienen.
Nachdem derselbe zuvor seinen Wählern gebankt für das ihm bei
der Wahl geschenkte Vertrauen, behandelte er das Thema: „Die
Ziele der Sozialdemokratie und ihre Gegner“ und zwar in einer
so gründlichen und deutlichen, vom wissenschaftlichen Standpunkte
aus gehaltenen Rede, daß das anwesende Publikum vollständig
befriedigt wurde. Der Referent hob ganz besonders hervor, daß
Aristoteles, Plato und andere Weisen des Alterthums schon er-
klärten: Der Staat sei die Gemeinschaft aller. Durch die Arbeit
entstehe aller Reichtum; Hundert, Tausend oder Millionen von
Thalern zu irgend einem Zweck bestimmt, ohne Arbeit würden
sie sich nie vermehren. Der Arbeiter erst sei es, der von seinem
ihm vorenthaltenen Lohn den Fabrik- oder andern Besitzer zum
reichen Manne mache. Die heutige Aufgabe sei für den Arbeiter,
sich zu assoziieren in Genossenschaften, um sich dadurch die Arbeits-
instrumente anschaffen zu können gleich jenen anderen großen Be-
sitzern u. dgl. Die Bergarbeiter kämpften heute noch denselben
Kampf wie vor 8 Jahren wegen ihrer Knappschicklassen. Die
englischen Kohlenarbeiter wären im Besitz ihrer Hülsen, Kranken-
und Invalidenklassen, sie hätten volle Selbstverwaltung, die Besitzer
hätten kein Anrecht daran, daher die Freiheit der engl. Kohlen-
arbeiter, die hiesigen Arbeiter sollten dem nachahmen. Auch der
Frauen gedachte Herr Liebknecht, da diese ja am meisten zu leiden
hätten. Er empfahl u. A. betreffs der heutigen Volksbildung die
von Ed. Sad herausgegebene Broschüre: „Unsere Schulen im
Dienst gegen die Freiheit“, „Die Lage der arbeitenden Klassen in
England“, von Frdr. Engels, und andere belehrende Schriften.
Stürmischer Beifall folgte dem Redner, als derselbe seinen Vortrag
beendet. Einige Arbeiter forderten noch auf, in die Partei, sowie
in die Genossenschaft der Gruben- und Tagelöhner einzutreten.
Allgemein wurde der Wunsch laut, daß Herr Liebknecht auch bald
einmal nach Bielefeld kommen möge. Wir hoffen, daß die Ver-
sammlung ihre Früchte tragen wird.
C. E.

Müssen St. Niclas. 9. Juni. Gestern hatten wir das Ver-
gnügen, unsern Parteigenossen und Reichstagsabgeordneten Liebknecht
zum ersten Male nach seinem unfreiwilligen Besuch der Verber-
serungsanstalt für Hochverräther in unserer Mitte begrüßen und
einen Vortrag von ihm hören zu können. Er verbreitete sich in
spannender, fast zweifelhäftiger Rede über die Gegner der Sozial-
demokratie, die sich in zwei Theile zusammenfassen lassen: 1) in
Solche, die es aus Interesse sind, und 2) in Solche, die aus
Unwissenheit und bekämpfen. Die ersteren lassen sich eintheilen in
politische, religiöse und soziale; sie sind es, welche unserer Sache
nicht gefährlich sind, indem sie in ihrem blinden Eifer durch Maß-
regelungen, Verfolgungen u. nur für die Sozialdemokratie agitieren
und eigentlich als „Egremmitglieder“ unserer Partei betrachtet
werden könnten. Unser schlimmster und gefährlichster Gegner ist
die Unwissenheit der Massen; unsere Brüder, die Arbeiter sind
es, die unserer Bewegung das Haupthinderniß bereiten und diese
müssen mit den Waffen des Geistes für unsere Ideen erobert
werden. Es würde zu weit führen, auf die Rede weiter einzu-
gehen. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung nahm einstimmig
folgende aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution an:
„Die heute Montag den 8. Juni 1874 im Saale des Herrn
Ed. Otto in Müssen St. Niclas Versammelten erklären sich mit
allen von dem Herrn Referenten ausgeführten Punkten einver-
standen, erkennen die von demselben, als ihrem Reichstagsabge-
ordneten, zu vertretenden Grundsätze der Sozialdemokratie als die
ihrenigen an, verpflichten sich, mit ganzer Kraft für die Verbreitung
derselben thätig zu sein, sprechen ihrem Reichstagsabgeordneten
Wilhelm Liebknecht ihre volle Anerkennung aus für seine be-
währte muthige Haltung im dem Kampf gegen die Klassenherr-
schaft, wünschen ihm Glück zu gereicher Weiterführung des be-
gonnenen schweren Kampfes und geloben, ihn mit unverbrüchlicher
Treue in diesem Kampf zu unterstützen!“
A. W. Döhner.

heils nur auf dem Papier existierende — Million Soldaten den Besten herausgerollert, erhielt Louis Napoleon durch den Krieg den Vorwand, die damals ziemlich geschwächte französische Armee zur stärksten Europas zu machen. Nur dadurch, daß 1870 die russische Armee Oestreich verhinderte, für Frankreich Partei zu ergreifen, konnte Preußen Frankreich besiegen und die preussisch-deutsche Militärdemokratie vollenden. Bei allen diesen Haupt- und Staatsaktionen sehen wir im Hintergrund die russische Armee. Und wenn auch — sofern nicht die innere Entwicklung Russlands bald in revolutionären Fluß geräth — der Sieg Deutschlands über Frankreich ebenso sicher einen Krieg zwischen Russland und Deutschland erzeugen wird, wie der Sieg Preußens über Oestreich bei Sedowa den deutsch-französischen Krieg nach sich zog — so wird doch gegen eine Bewegung im Inneren Preußens stets die russische Armee zu Diensten stehen. Noch heute ist das offizielle Russland der Hort und Schirm der gesammten europäischen Reaktion, seine Armee die Reserve aller übrigen Armeen, die die Niederhaltung der Arbeiterklasse in Europa besorgen.

Nun sind es aber gerade die deutschen Arbeiter, die dem Anprall dieser großen Reservearmee der Unterdrückung zuerst ausgesetzt sind, und zwar sowohl im sog. deutschen Reich wie in Oestreich. Solange hinter der östreichischen und deutschen Bourgeoisie und Regierung die Russen stehen, ist der ganzen deutschen Arbeiterbewegung die Spitze abgebrochen. Wir vor Allen haben also das Interesse, und die russische Reaktion und die russische Armee vom Halse zu schaffen.

Und bei dieser Arbeit haben wir nur Einen zuverlässigen, aber auch unter allen Umständen zuverlässigen Bundesgenossen: das polnische Volk.

Polen ist noch weit mehr als Frankreich durch seine geschichtliche Entwicklung und seine gegenwärtige Lage vor die Wahl gestellt: entweder revolutionär zu sein oder unterzugehen. Und damit fällt all das alberne Gerede von dem wesentlich aristokratischen Charakter der polnischen Bewegung. Es gibt in der polnischen Emigration Leute genug, die aristokratische Gelüste haben; sowie aber Polen selbst in die Bewegung eintritt, wird diese durch und durch revolutionär, wie wir 1846 und 1863 gesehen haben. Diese Bewegungen waren nicht nur national, sie waren gleichzeitig direkt auf Befreiung der Bauern und Uebertragung des Grundeigentums an diese gerichtet. 1870 trat die große Waffe der polnischen Emigration in Frankreich in die Dienste der Commune; war das die That von Aristokraten? Bewies das nicht, daß diese Polen vollständig auf der Höhe der modernen Bewegung standen? Seit Bismarck den Culturkampf in Polen eingeführt hat und unter dem Vorwand, dem Papst dadurch einen Streich zu spielen, auf polnische Schulbücher fahndet, die polnische Sprache unterdrückt und Alles ausbietet, um die Polen in die Arme Russlands zu treiben, was geschieht? Die polnische Aristokratie schließt sich mehr und mehr an Russland an, um unter seiner Herrschaft wenigstens Polen wieder zusammen zu bringen; die revolutionären Massen antworten, indem sie der deutschen Arbeiterpartei ihre Allianz anbieten und in den Reihen der Internationale kämpfen.

Daß Polen nicht todtzumachen ist, hat es 1863 bewiesen und beweist es noch jeden Tag. Sein Anspruch auf selbstständige Existenz in der europäischen Völkerfamilie ist unabweisbar. Seine Wiederherstellung aber ist eine Nothwendigkeit namentlich für zwei Völker: für die Deutschen und für die Russen selbst.

Ein Volk, das Andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emancipiren. Die Masse, deren es zur Unterdrückung der Andern bedarf, wendet sich schließlich immer gegen es selbst. Solange russische Soldaten in Polen stehen, kann das russische Volk sich weder politisch noch sozial befreien. Bei dem jetzigen Stand der russischen Entwicklung aber ist es unzweifelhaft, daß an dem Tage, wo Russland Polen verliert, in Russland selbst die Bewegung mächtig genug wird, die bestehende Ordnung der Dinge zu stürzen. Unabhängigkeit Polens und Revolution in Russland bedingen sich gegenseitig. Und Unabhängigkeit Polens und Revolution in Russland — die bei der grenzenlosen gesellschaftlichen, politischen und finanziellen Zerrüttung und der das ganze offizielle Russland durchdringenden Corruption weit näher ist als die Oberfläche anzeigt — bedeuten für die deutschen Arbeiter: Beschränkung der Bourgeoisie, der Regierungen, kurz der Reaktion in Deutschland auf ihre eigenen Kräfte — Kräfte, mit denen wir dann mit der Zeit schon fertig werden.

F. Engels.

Politische Uebersicht.

Wir erwähnten bereits des Confurrenz-Tugendfeldzugs, welchen die „Kreuzzeitung“ Herrn Laßter und nationalliberaler Compagnie angekündigt. Ueber die Ankündigung ist sie bislang nicht hinausgekommen, hat aber, damit uns die Zeit nicht zu lang werde, einen lustigen Ublanentritt gegen den — Reptilienfonds veranstaltet. Die „Kreuzzeitung“ im Bund mit den Ultramontanen Wächterin der öffentlichen Moral! Eine löbliche und heilsendere Satire auf unsere politischen Zustände läßt sich nicht denken. „Ein stiller Beobachter“ spricht in einem „Eingefandte“ des Junkerorgans von der Hejzagd, welche Fürst Bismarck in der gesammten europäischen Presse gegen Graf Arnim organisiert habe und bemerkt:

„Wir wollen über diese Jagd an sich weiter nichts sagen, da uns ohnehin für den Fuchs nicht bange ist. Aber eine andere wollen wir uns erlauben: Wer bezahlt den Sport? (Das Jagdvergütigen.) Die Kosten sind zwar durch die „kühle“ Haltung der „Presse“ etwas verringert worden; aber wenn wir recht calculiren, ist durch alle die Nachspürereien und „Cautionserbietungen“ schon ein ganz rundes Stämmchen in Cours gesetzt worden, von welchem ein Theil der Zinsen der Nordbahn-Anleihe hätte gedeckt werden können. Wie wäre es, Herr Laßter, wenn Sie einmal danach fragten?“

Natürlich fällt es Herrn Laßter nicht ein, „danach zu fragen“ — hat er doch dem Reptilienfonds nicht in bester Form ein Vertrauensvotum als Tribut seiner bieder „Mannesseele“ dargebracht. „Der stille Beobachter“, der seine Preußen und Russen kennt — denn das französische Wort, welches er citirt, ist zuerst von einem russischen „Genialen“ formulirt worden, fährt aber fort:

„Wenn Dinge vorkommen, wie die „Presse“ sie erzählt, würde es eine schöne Aufgabe der tugendhaften Nationalliberalen sein, einmal ein recht großes Fragezeichen an die Wand zu malen. Und aber summt wie ein Lied aus alten Zeiten ein fast vergessenes Wort vor den Ohren: „avilir puis demolir.“

Das heißt auf Deutsch: herabwürdigen, dann zerstören; kann indeß auch heißen — und „der stille Beobachter“ hat offenbar die Zweifelschneidigkeit vor Augen —: corrumptiren und zu Grunde richten, so daß die Bismarck'sche Politik im Allgemeinen ebenjogut

gemeint sein kann, wie die Bismarck'sche Politik gegen die Nationalliberalen im Besonderen.

Nationalliberale Leichenschändung. Ein nationalliberales Blatt, das „Nordpälz. Wochenblatt“, schreibt: „Am 14. dieses Monats sind 25 Jahre seit dem Tage verlossen, an welchem 17 rheinheffische Männer und Jünglinge als Kämpfer für die vom deutschen Parlamente rechts- und links beschlossene Reichs-Versaffung, für ein einziges und freies deutsches Vaterland, ihr Leben einsetzten und als Opfer für die große Idee dahier (in Kirchheimbolanden) fielen. Die damaligen Mitkämpfer und andere Gesinnungsgenossen haben ihr Andenken durch die vor zwei Jahren erfolgte Aufrihtung eines prachtvollen Denkmals auf hiesigem Friedhofe geehrt. Sie beabsichtigen, am 25jährigen Jahrestag, am Sonntag, den 14. Juni, in großer Anzahl hier zu erscheinen, um eine würdige Gedächtnisfeier zu begehren. Die Einzelheiten sind mit dem hiesigen Gesinnungsgenossen vereinbart und werden wir dieselben in unserem nächsten Blatt mittheilen. Heute nur soviel, daß gegen eine tendenziöse Ausbeutung und Störung der Feier im Sinne der Anhänger extremer Parteien (!) Vorsorge getreten wird.“ — Dazu bemerkt die bürgerlich demokratische „Neue Wormser Zeitung“: „Die Demokratie wird sich an der beabsichtigten Feier nicht beteiligen. Wir würden die Todten, welche an jenem Tage auf höheren Befehl „niedergermetzelt“ wurden, wahrlich wenig ehren, wenn wir, da wir das Feiern einer nationalliberalen Orgie an ihrem Grabe nicht hindern können, an diesem Tage dort erscheinen und uns etwa am Grabe der Märtyrer für die republikanische Idee als Hurradschreier für verschiedene Toaste benutzen ließen. Die Herren mögen also ruhig sein; die „extremen“ Parteien werden sie in ihrer Feier nicht stören. Die Gefallenen, welche der kühle Rasen deckt, würden, wenn sie lebten, Protest gegen die neue Annectio einlegen; sie, die Republikaner, würden es wenig begreiflich finden, daß man im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte des Culturkampfes und der Polizei, der Milder und der Junker, sie die Kämpfer für Freiheit und Recht, als Vorkämpfer bezeichnen. In Preußen geschieht das auch nicht, der dortige Nationalliberalismus räsonnirt auf die Acht- und vierziger, wie es sein Vetter aus Gotha gethan — die eiserne Stirn, an solchen Stätten für die bekannte Feiernstheorie vom goldenen Zeitalter zu plädiiren, besitzen nur unsere süddeutschen „Preußen.“ Das „Nordpälz. Wochenblatt“ mag unbesorgt sein, die Vorsorge des Herrn Buchdrucker Thieme ist unnötig. Derselbe mag immerhin zwar noch „Ochsen“ todt schlagen, um Pfannkuchen zu backen — reichlich wird ja die Wage seiner Freunde von ersteren beschuft — er wird nicht in die Lage kommen, seinen Löwenmuth an den „extremen Parteien“ zu bewahren. In die Feier von Kaiser und Reich wird sich kein demokratischer „Mistton“ mischen — still und stumm werden wir bei Seite stehen. Am 25jährigen Jahrestage des Tags von Kirchheimbolanden wird ein Lustspiel aufgeführt werden, so sich betitelt: „Die Gothaer am Grabe ihrer gefallenen und geopfertten Feinde“ oder „Die Reichstreuen unter sich.“

Zur Briefstieberei schreibt der Jasterburger „Bürger- und Bauernfreund“ in seiner letzten Nummer (45):

„Neben anderen Verordnungen erwähnt die kaiserliche Post abermals in Kreisblättern ic. im Interesse der Briefempfänger die Couverts nicht ganz zuzulassen, da sich solche zu schwer öffnen. Zugegeben; aber es ereignet sich zuweilen, daß nicht ganz verklebte Couverts mit amtlichem Verschlus und dem Vermerk „offen hier angekommen“ von der Behörde ausgeliefert werden, wie Referenten mehrmals Briefe aus Zürich so zugingen, also — dürfte es im Interesse der Absender und Empfänger denn doch liegen, dem guten Rathe der kaiserlichen Behörde entgegen die Couverts ganz zuzulassen, überhaupt so fest als möglich zu verschließen. Solchen Erfahrungen gegenüber bleibt uns die sich von Zeit zu Zeit wiederholende zärtliche Fürsorge der Post für die Bequemlichkeit der Briefempfänger total unbegreiflich, um so mehr da sie an leichtem resp. leichtsinnigem Briefverschlus kein Interesse mehr haben kann, alldieweil die schwarzen Cabinetts eingegangen sein sollen.“

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir zu wiederholten Malen schon vor der „zärtlichen Fürsorge“ des Herrn Stephani gewarnt, und ihnen den freundschaftlichen Rath erteilt haben, Herrn Stieber, der ja sehr, sehr gut bezahlt wird, das Geschäft nicht allzuleicht zu machen.

Auf Befehl der Reichsregierung wird im kaiserlichen statistischen Amt zu Berlin gegenwärtig eine Statistik der letzten Reichstagswahlen ausgearbeitet, und soll die Veröffentlichung schon in nächster Zeit erfolgen. Wie offiziös mitgeteilt wird, beabsichtigt man, eine solche Statistik künftig nach jeder Wahl anfertigen zu lassen. Als Material dienen theils die offiziellen Wahlergebnisse, theils Uebersichten der Wahlergebnisse, welche auf Veranlassung des Reichsfinanzamtes von den Regierungen der Bundesstaaten aufgestellt worden sind und die Gesammtzahl der Wahlberechtigten, die Zahl der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen, Namen, Stand, Wohnort, Parteistellung, Stimmzahl des Gewählten und seiner Gegenkandidaten enthalten.

Kulis in Berlin. Eine Anzahl Berliner Handwerker und Industrieller ist, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, vor einigen Tagen zur Besprechung der Frage zusammengetreten, ob und wie es möglich sei, chinesische Arbeitskräfte nach Europa und speziell nach Deutschland herüberzuführen. Man verhehlte sich zwar die großen Schwierigkeiten nicht, welche mit einem solchen Anwerben in Masse verbunden sind, erkannte auch sehr richtig an, daß für den Augenblick und auf Monate hinaus Mangel an Arbeitskraft nicht vorhanden sei. Auf der anderen Seite zweifelte man aber auch nicht, daß bei einer Besserung der Geschäftsverhältnisse auch sofort die Strike-Epidemie in voller Stärke wieder ausbrechen würde. Dem vorzubeugen hielt man es für wünschenswert, ernstlich die vorliegende Frage zu erwägen. Es wurde eine Commission mit dem Auftrage einer genauen Prüfung der etwaigen Schritte eingesetzt, um nach Erledigung der Vorberathung mit dem fertigen Plane vor ein größeres Publikum zu treten.

Nun — die Sache dürfte sich nicht so leicht machen lassen, wie die menschenfreundlichen Herren Arbeitgeber sich einbilden; — auch für England besteht seit Jahren ein derartiger Plan, hat aber noch nicht ausgeführt werden können — indeß die gute Absicht ist konstatiert, und von neuem bewiesen, daß das Kapital um kein Haar breit weniger international ist als die Arbeit; nur in Bezug auf das Ziel liegt ein Unterschied vor: der Kapitalist erstrebt die internationale Ausbeutung und Knechtschaft; der Arbeiter die internationale Befreiung und Gerechtigkeit.

Wirkungen eines Freibilletts. Gegenwärtig gibt eine vom Herzog von Meiningen „ausgebildete“ Schauspielertuppe Vorstellungen in Berlin und bringt längst vergessene

kulturkämpferische Stücke, wie z. B. „Papst Sixtus“ von Minning, demselben, der in einem stallduftenden Gedichte die Schick von Hehrbellin verherrlicht hat, wieder „zu Ehren“. Zweifelslos hat diese Schauspielertuppe dem großen „Volk-Zeitungs“-Bernstein ein Freibillet für ihre Vorstellungen zugesandt, denn an der Stelle des Leitartikels der „Volkzeitung“, wo sonst die Kleinstaaten um Haut und Haar verspeist zu werden pflegen, lesen wir plötzlich eine kraße Verherrlichung der Kleinstaaterie. Herr Bernstein sagt:

„Grundsätzlich sind wir niemals Feinde der Kleinstaaterie gewesen, sondern Feinde des Gegentheils: Feinde der in den Kleinstaaten herrschenden Sucht, Großstaat zu spielen. Die Großstaaterie der Kleinen war die eigentliche Krankheit Deutschlands. Auch in dem jetzt zu Ruhm gelangenden Meininger herrschte diese lächerliche Sucht in crassen Zeiten.“

Was doch so ein Freibillet nicht Alles zuwege bringen kann. Der brave Bernstein merkt nicht, daß die Fußritte, die er der „Großstaaterie der Kleinen“ versetzen will, in erster Linie sein musterstaatliches Preußen treffen, welches als Kleinstaat die „lächerliche Sucht“ nach Großstaaterie so weit trieb, daß für das Begräbnis seiner ersten Königin (1705) die für jene Zeit bedeutende Summe von 200,000 Thlr. verpulvert wurde, nur um „Großstaatliches“ zu leisten, und welches heute ganz besonders an der „eigentlichen Krankheit Deutschlands“, an der „Großstaaterie“ leidet. Aber nicht genug! Der große Bernstein sucht sogar der Kleinstaaten ihre Fortexistenz zu garantiren — wahrscheinlich damit er noch öfters Freibilletts beziehen kann — und schreibt:

„Die Kleinstaaten fortexistiren zu lassen, ihnen den Spielraum des Daseins frei zu gönnen, wo sie wohlthätig (passer tout für Bernstein und Nathan Schlesinger!) auf die Entwicklung des geistigen Lebens der Nation einwirken können, das ist eine gute Pflicht des deutschen Reiches.“

In seiner durch das Freibillet hervorgerufenen föderalistischen Kaferei verfehlt Bernstein dem alten Frigen, dessen Vater mit der Potsdamer Garde und dem Herrn von Bismarck noch folgendermaßen Fußtritt:

„Soldaten-Spielerei und Diplomaten-Wählerei sind Deutschlands Grundübel gewesen.“

Nun, wenn Dunder wieder zu einer Soiree Bismarcks geladen wird, dann mag er's dort verantworten, daß sein Bernstein die beiden Hauptbedingungen, mittelst welcher Preußen „groß“ wurde für Deutschlands „Grundübel“ erklärt hat. Was soll aus dem armen Deutschland werden, nachdem sich seine beiden Grundübel so „herrlich erfüllt“ haben!

Zum Schluß stattet Bernstein den Meininger noch seinen direkten Dank für den „Hochgenuß“ ab:

„Politisch haben wir mit Meininger gar oft ein Hähnchen zu pfücken gehabt. Das war eben das Elend Deutschlands. Jetzt wo es in künstlerischer Beziehung beneidenswerthe Leistungen in der Hauptstadt des Reiches darbietet, bringt es sich zu Ehren und verbietet die Achtung seiner Existenz. Freilich ist es nur ein Schauspiel, das es darbietet, und ein Abendgenuß des Theaters spielt keine Rolle auf dem Welt-Theater. Aber es ist gut, daß einmal der Kleinstaat die Weltstadt überflügelt. — Es ist ein Kleines, aber aus dem Kleinen kann man oft Großes lernen.“

Die Meininger Schauspieler bringen Bernstein schon so weit, daß er sich die ganze Welt als ein Theater vorstellt. Nun wenn schon ein Freibillet zum Schauspiel unsere „ersten Journalisten“ in solche Verzückungen und Bistonen versetzen kann — ein Freibillet zum Ballet wird sie rasend machen. Merk's Euch ihr Theater-Direktoren! die „sechste Großmacht“ ist euer!

Und das Alles im Leitartikel des „Organs für Jedermann“. Der alte Knabe Bernstein fängt an, fürchterlich zu werden.

Fabrikinspektoren. In Preußen ist jetzt seitens des Handelsministeriums für jede Provinz die Errichtung der Stelle eines Fabrikinspektors in Aussicht genommen worden. „Dem Fabrikinspektor liegt“, nach den offiziellen Mittheilungen, „die Aufsicht über die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ob und steht ihm das Recht der Revision der Fabriken zu. Außerdem ist derselbe zur Wahrnehmung der fortlaufenden Controle des konzessionsmäßigen Bestandes und Betriebes der im § 16 der Gewerbeordnung bezeichneten Anlagen befugt.“

Leider fehlt es an allen Garantien dafür, daß die Fabrikinspektoren ihr Amt im Interesse der Arbeiter ausüben, und nicht mit den Fabrikanten und Arbeitgebern unter einer Decke stehen.

Unsere Volksschulen. Der Jasterburger „Bürger- und Bauernfreund“ schreibt:

„Wird uns da so ein Proßchen erzählt, auf welch erprießliche Weise hier und da in den Schulen der segensreichen Stiehl'schen Regulative Naturwissenschaft gepflegt wird. — Mitten in unserem kalten Winter, wo die ganze Natur unter einer Eis- und Schneedecke begraben liegt, wird den Kindern zwei Monate lang Pflanzenkunde vorgetragen; — natürlich ganz fruchtlos, da sie keine Pflanzen zu sehen bekommen, was doch die Hauptsache ist. Nun kommt aber der Frühling ins Land gezogen mit seinem ganzen großen Reichtum an Blumen und Blüten und die Kinder werden doch jetzt die lebenden Beispiele zur Befruchtung ihres todtten Lernens aus Wald und Flur sammeln und den Unterricht so fruchtbringend machen! Ja, Proßt Wohlheit! Bei Frühlingsanfang beginnt der Lehrer den Unterricht über die „biblischen Pflanzen Palästinas“, und die Kinder müssen lernen, was der Lehrer selbst nicht weiß; aber die Hauptsache ist ja nicht etwas zu lernen, sondern dummgläubig und fromm zu bleiben.“

Die Ausweisungfrage vor der sächsischen Kammer. Am 11. Juni d. J. kam die Ausweisung Wuth's vor die zweite sächsische Kammer und gab zu einer längeren Debatte Anlaß, über die wir nach der „Deutschen Allg. Zeitung“ berichten:

„Dr. Weisner, als Referent der vierten Deputation, erstattet Bericht über die Beschwerde des Rechtsanwalts Freytag zu Leipzig über die Ausweisung des vormaligen Redacteurs des „Volkstaat“, A. W. Wuth, aus Leipzig betreffend. Der Beschwerdeführer beruft sich auf das Freizügigkeitsgesetz vom 1. Nov. 1867, wonach jeder Bundesangehörige das Recht habe, innerhalb des Bundesgebietes sich aufzuhalten oder niederzulassen ic. Nun bestimme zwar § 3 „Insofern bestrafte Personen nach den Landesgesetzen Aufenthalt beschränkungen durch die Polizeibehörde unterworfen werden können, behält es hierbei sein Bewenden.“ Allein es könnten nach §§ 16 und 17 des sächsischen Heimatsgesetzes vom 26. Nov. 1834 als Ausweisungsgründe nur gelten: das Inanspruchnehmen öffentlichen Amosens, das Betteln, die Verübung von Verbrechen, die Ausübung unredlichen oder unzüchtigen Gewerbes. Keiner dieser Ausweisungsgründe liege gegen Wuth vor. Auf Befragen der Deputation erklärte die Regierung: In §§ 16 und 17 des Heimatsgesetzes sind theils ausdrückliche bestimmte Gründe der polizeilichen

*) Dies ist bereits ausgesprochen im zweiten Manifest des Generalraths der Internationalen Arbeiterassoziation über den deutsch-französischen Krieg (datirt 9. Sept. 1870).

Ausweisung angegeben, theils ist gesagt, daß auch noch in andern Fällen polizeiliche Ausweisungen erfolgen und dann, wenn sie erfolgt seien, als Grund der Aufnahmeverweigerung an einem andern Orte gelten können. Neuerdings habe übrigens der Grundsatz, daß auch Bestrafungen wegen verübter Polizeübertretungen einen Grund zur Ausweisung abgeben können, auch in § 3 des Freizügigkeitsgesetzes insofern Anerkennung gefunden, als dasselbst vorgeschrieben ist, daß, außer der Bestrafung wegen wiederholten Bettelns, auch in Fällen, wo jemand wegen wiederholter Landstreicherei bestraft worden ist, den betreffenden Personen der Aufenthalt in jedem andern Bundesstaate verweigert werden kann. Auf Grund dieser (!) Ausführungen beantragt die Deputation, die Beschwerde Freitag's auf sich beruhen zu lassen. Gleichzeitig schlägt sie aber vor: „Die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, recht bald ein Gesetz vorzulegen, wodurch für die den Polizeibehörden zustehende Befugnis zu Ausweisungen soviel wie möglich Normen aufgestellt werden.“

Die Debatte verlief in folgender Weise:
Abg. Krause motivirt den Antrag, die Beschwerde Freitag's der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.
Redner führt aus, daß es kein Landesgesetz nach Erlaß der Reichsgesetzgebung gebe, womit das Vorgehen der Leipziger Polizei sich rechtfertigen lasse. Die Polizei habe nur das Recht, den Lebenswandel eines Jeden zu prüfen (!) und danach dem Betreffenden den Aufenthalt zu verwehren.

Referent Dr. Meißner hält die Deputationsansicht aufrecht. Abg. Walter ist durchaus nicht mit der Deputation einverstanden und fordert gleiches Recht für alle. Wenn die Redacteure der Dresdener Presse nicht ausgewiesen worden, so sollten auch die Sozialdemokraten von solchen Maßregeln nicht betroffen werden. Er stimme deshalb für Krause's Antrag.

Abg. Kirchbach greift ebenfalls den Deputationsbericht an und widerlegt die Ansichten desselben über die Anwendung des sächsischen Heimatsgesetzes. Dann gerichtet Redner die Maßregel als einen Act, welcher sich würdig der schwärzesten Reactionszeit der fünfziger Jahre zur Seite stelle. Der ganze Geist des Berichtes mache den Eindruck, als sei jeder Grund für die Polizei hinreichend, Jemand auszuweisen. Er müsse bekennen, daß es ihm scheine, als habe die Deputation in dieser Angelegenheit ihre Pflicht nicht gethan.

Präsident Dr. Schaffrath rügt die letztere Aeußerung.
Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz: Eine Ueberreichung der Petition zur Berücksichtigung nütze nichts, da das Jahr, worauf das Ausweisungsdecret laute, längst verstrichen sei. Dann nimmt der Minister den Deputationsbericht in Schutz und erklärt das Einverständnis mit den betreffenden Anträgen. Schließlich gibt der Minister der Ansicht Ausdruck, daß diese Materie sich definitiv nur durch die Reichsgesetzgebung werde regeln lassen.

Abg. Dr. Wigard: Einen klaren Bericht habe wohl die Kammer seit ihrem Bestehen noch nicht vorgelegt erhalten, als dem gegenwärtigen. Der Referent stehe mit einem Fuße im Polizeistaate, mit dem andern im Rechtsstaate. Das Vorgehen der Regierung gegen Nuth sei nichts als die Methode der Reaction, die Fortsetzung der 1850er Maßregel. Damals habe man in die Demokratie einen Keil treiben wollen; heute, wo die Sozialdemokratie den Knaben Karl spiele, der der Regierung gefährlich erscheine, suche man gegen sie mit ungefehrlichen Maßregeln vorzugehen. Er beantragt deshalb: „die Kammer wolle beschließen, die Ausweisung Nuth's für gesetzlich ungerechtfertigt zu erklären, und die Aufhebung derselben beantragen.“

Referent Dr. Meißner verteidigt den Bericht gegen verschiedene Angriffe der Borredner und empfiehlt nochmals die Annahme der Deputationsanträge.

Abg. v. Ehrenstein spricht als Mitglied der Deputation in gleicher Richtung.

Abg. Haberhorn motivirt seine Abstimmung für die Deputationsanträge.

Vizepräsident Streit beantragt, den zweiten Deputationsantrag in folgender Fassung zu genehmigen:

„Die Kammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, spätestens dem nächsten Landtage ein Gesetz vorzulegen, wodurch für die den Polizeibehörden verbliebene Befugnis zu Ausweisungen feste, das bloße Ermessen ausschließende und die Freiheit der Person sowie das Freizügigkeitsgesetz sichernde Normen aufgestellt werden.“

Schluß der Debatte.

Vor der Abstimmung entspinnt sich auf einen Protest Einsiedel's noch eine längere Diskussion über die Zulässigkeit des Wigard'schen Antrages. Derselbe wurde für zulässig erklärt, bei der Abstimmung jedoch mit 33 gegen 28 Stimmen abgelehnt; ebenso der Krause'sche Antrag auf Ueberweisung der Beschwerde zur Berücksichtigung mit 35 gegen 26 Stimmen verworfen und schließlich der Deputationsantrag, die Beschwerde auf sich beruhen zu lassen, mit 36 gegen 25 Stimmen angenommen. Endlich genehmigte die Kammer noch den von Streit modificirten Deputationsantrag mit allen gegen 7 Stimmen.“

Dies der Verlauf. Derselbe ist so recht charakteristisch für den in der sächsischen Kammer dominirenden bürgerlichen Liberalismus, der sehr wohl begreift, daß die polizeiliche Ausweisung mit seinen Fundamentalprinzipien im Widerspruch steht, sich aber dennoch nicht entschließen kann, gründliche Abhilfe zu schaffen, sondern sich mit einer Halbmaßregel begnügt, die nicht gehauen und nicht getroffen ist. Und auch zu dieser Halbmaßregel muß der bürgerliche Liberalismus erst durch die Thatsache, daß die Polizei zufällig zwei seiner eigenen Vertreter auswies, an den Haaren herangeschleift werden, nachdem er Jahre lang ruhig mit zusehen, wie seine Fundamentalprinzipien durch die Ausweisungen von Sozialdemokraten verletzt wurden. Und das will noch von Prinzipien und von Recht sprechen!

Der Ausweisungsbefehl der Dresdener Polizei gegen die verfahrenen Redacteure Böhn und Neumann ist in zweiter Instanz von der Kreisdirection aufgehoben worden. Um den Sozialdemokraten zu zeigen, daß in Sachsen gleiches Recht für Alle bestehe, wurde die Ausweisung der genannten 2 Herren verweigert. Wir wollen nun sehen, ob das gleiche Recht für Alle sich auch auf das Nichtausweisen erstreckt. Einweilen konstatiren wir, daß von den bis dato aus Sachsen ausgewiesenen Sozialdemokraten kein Einziger eine Rückzugsmachung der Maßregel, weder von der Kreisdirection noch von der höchsten Instanz: dem Ministerium, hat erlangen können. (S. o.)

Bismarck's Unsterblichkeit, — durch Gensdarm „Barak“ bewiesen. Eine Volkversammlung in Trier, auf welcher der Reichstagsabgeordnete Majunk, Redakteur der (ultramontanen) „Germania“, sprach, wurde aufgelöst, weil Redner erklärte, Bis-

marck sei „nur ein sterblicher Mensch“. Nachhins wird man im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte mit den Behörden in Konflikt kommen, wenn man der reichsfeindlichen Ansicht huldigt, daß Bismarck's genialer Hund nur ein gemeiner sterblicher Hund sei.

Zwischen Eibenstock und Schönhaide, im Königreich Sachsen, fanden am 3. Juni Arbeiterunruhen statt. Die „Dr. Pr.“ berichtet über dieselben folgendes:

Infolge der Herabsetzung des Arbeiterlohnes, nach anderer Nachricht wegen rückständiger Pöhnung hatten sich über 200 am Eisenbahn-Tunnelbau bei Eibenstock beschäftigte Italiener zusammengedrängt, mehrere Personen durch Messerstiche verwundet, einen Gerichtsamtreferendar, 4 Polizeidiener und zwei Ingenieure gebunden und in eine Holzbaracke gesperrt und verschiedene Gegenstände demolirt. Dem Militär gelang es auch, einen Arbeiterhaufen zu umzingeln und einige 50 Ruhestörer festzunehmen, die noch in derselben Nacht in die Eibenstocker Gefängnisse transportirt wurden. Eine Anzahl Arbeiter sind jedoch vor dem Eintreffen des Militärs flüchtig geworden, jedoch hofft man, denselben recht bald habhaft zu werden. Die am Eisenbahnbau beschäftigten Italiener und Böhmen haben sich zwar hier als unermüdete und höchst gewandte Arbeiter gezeigt, durch ihre immerwährenden Kaufereien und Schlägereien aber haben sie sich sehr oft verhasst gemacht. Unserer Polizei haben sie die meiste Arbeit gemacht und diese wird herzlich froh sein, wenn die rauschlustigen Gesellen in andere Gegenden ziehen.“

Ob die „rauschlustigen Gesellen“ in andere Gegenden ziehen oder nicht, thut hier gar nichts zur Sache. Der Schwerpunkt ist: Das Kapital braucht wohlfeile Arbeitskraft und diese fand sie bei den italienischen Arbeitern im billigeren Angebot vor als bei den deutschen. Was liegt ihm da an etlichen verhaunenen Polizisten, eingesperrten Ingenieuren und Gerichtsbeamten? Uebrigens stellt die sächsische Eisenbahnbau-Gesellschaft den Tumult in weit milderem Lichte dar durch folgende Mittheilung an das „Dr. Journ.“:

„Der Erzeß wurde hervorgerufen durch die Entlassung des dortigen Schachtmeisters, der die Annahme der ihm gebührenden Restzahlung auf die bis 2. Juni geleistete Arbeit verweigerte. Ein seitens der Ingenieurie gemachter Versuch, auf Grund der Lohnlisten, die im Durchschnitt einen Verdienst von 33 Gr. pro Mann und Arbeitsschicht repräsentirten, die Auszahlung im Beisein des Schachtmeisters zu bewirken, scheiterte an dem Verlangen eines Theiles der Arbeiter, die ihnen angeblich durch ihren Schachtmeister bei Gelegenheit letzter Zahlung gemachten Lohnabzüge zurückzuerstatten, und führte zu dem schon berichteten Erzeß, zu dem anfänglich die Assistenten der Gerichtspersonen, später militärische Hülfen in Anspruch genommen werden mußten. Die schon berichteten Angaben sind richtig, zu Thätlichkeiten ist es in keiner Weise gekommen. Ein großer Theil der Arbeiter wurde übrigens befriedigt.“ Hiernach scheinen die „rauschlustigen Gesellen“ vollkommen in ihrem Rechte gewesen zu sein.

Ein neues Opfer der unerfülllichen Wollust des Versailles' Ordnungspöbels. „Wieder haben die Hintenschüsse geknallt“, so schreibt der sozialistenfeindliche Correspondent eines sozialistenfeindlichen Blattes, „wieder galt es jetzt nach drei Jahren einen Mitschuldigen der Commune zu füllen. Auf der Ebene von Vincennes ist wieder eines jener fanatisirten Opfer einer fanatischen Zeit unter dem Pelotonfeuer der Exekutionsstruppen gefallen. Er hieß Bonnard und er sowohl wie sein mit ihm zu Tode verurtheilte Genosse Pelata waren vom Kriegsgericht wegen der Mitschuld an der Ermordung des Sous-Brigadiers Vincenzini zum Tode verurtheilt worden. Pelata aber war die Strafe vom Präsidenten der Republik in lebenslängliches Bagno umgewandelt worden, während Bonnard gleichfalls den Spruch der Gnade bis zum letzten Moment erwartet hat. — Um 4 Uhr am Donnerstag Morgen trat ein höherer Offizier und ein Geistlicher in die Zelle des Verurtheilten und theilten ihm mit, daß sein Snadengeuch abgeschlagen sei. Beim ersten Blick erkannte der Verurtheilte den Sinn dieses frühen Besuches. Als er die Beiden kaum gesehen, schrie er auf: Heute — heute — Gnade — ich hoffte —. Dann stammelte er einige Worte und fiel in konvulsische Zudungen; später wandte er sich an den Geistlichen und während er Ströme von Thränen vergoß, entschuldigte er sich wegen des Augenblickes der Schwäche, die ihn übermannt. „So soll ich meine Frau, meine Kinder nicht wiedersehen“, sagte er zu dem Geistlichen, „aber bei Gott, Herr Abbe, ich bin nicht viel schuldiger, als jene Bande von Räubern, die Vincenzini ermordet haben.“ Dann beichtete er dem Geistlichen und der Gefangenewagen hielt vor dem Thor und Bonnard fuhr mit zwei Geistlichen zur Richtstätte, während vor und hinter dem Wagen Esorten von Gensdarmen ritten. Unterwegs sprach er fast fortwährend von seinen Kindern und bis zur Richtstätte verließ ihn seine Fassung nicht mehr. Um 7 Uhr langte man dort an. Ein kolossales Biered von Soldaten war um dieselbe gezogen; ein weißer Lapp bezeichnate die Stelle, an die der Verurtheilte gestellt werden sollte. Wenige Meter vor dieser Stelle war das Exekutionspeloton postirt. Die beiden Geistlichen unwarmen jetzt Bonnard jeder noch einmal, dann knieete er nieder, küßte das Kreuz, dann erhob er sich, der Adjutant senkt den Degen, die Schüsse knallten und mit einem „Vive la Franco“ (Es lebe Frankreich!) sinkt das Opfer seines Fanatismus getroffen zusammen. Nun aber begann jenes Schauspiel, das eine partie honteuse (Schandspiel in den militärischen Institutionen Frankreichs bildet, von dem selbst ergrante Truppiers mit zusammengezogenen Brauen sich abwenden. Um den blutigen Leichnam, die Musik lustige Weisen spielend, beschlitzten die kommandirten Truppen, die Tambours wirbelten einen Marsch und erst als der letzte Mann vorüber war, dann erst wurde der Leichnam in einen Wagen geschafft, um der Erde übergeben zu werden.“

Dies der Bericht. Mag sein, daß Bonnard nicht auf der Höhe eines Ferré und der übrigen Communarden stand, die vor ihm auf der Ebene von Satory abgeschlachtet wurden — so viel aber ist gewiß: Diejenigen, welche ihn kalten Blutes, drei Jahre nach erfolgtem Sieg, ermordet, haben sich außerhalb der Menschlichkeit gestellt, und, wenn früher oder später die Nemesis sie ereilt, das Recht auf menschliche Behandlung verweigert. Heute mir, morgen dir!

Arbeiterwohnungen und Klassenkampf in England. Anlaß eines der zahlreichen Strikes und Lockouts im englischen Kohlenwerke sind soeben in Westly Hill hundertundneunzehn Familien von Grubenarbeitern aus ihren den Grubenbesitzern gehörigen Häusern gewiesen und auf Pfahle gesetzt worden. Noch dreihundert Familien sieht in dem nämlichen Bezirk dieses Schicksal bevor. Wenn damit eine Einschüchterung bezweckt wird, so dürften die Herren Grubenbesitzer sich übrigens verrechnet haben. Die Bergarbeiter von Südwales haben auch die ermüdete

Lohnreduktion (10, statt 12 1/2 Prozent) für unannehmbar erklärt und bereiten sich zum Strike vor. In Süd-Yorkshire und Nord-Yorkshire wollen die Arbeiter ebenfalls nicht zu Kreuz kriechen, und haben die Grubenbesitzer in Folge dessen angezeigt, daß sie in 14 Tagen ihre sämtlichen Gruben schließen, d. h. 24,000 Arbeiter außer Brod setzen werden. Humanität des Kapitals! Ueber den Strike und Lockout der Landarbeiter zirkuliren die widersprechendsten Angaben. Während verschiedene Zeitungen denselben für beendet erklären, sieht nach dem „Beehive“ Alles wesentlich auf dem alten Fleck. Und der „Beehive“ dürfte wohl recht haben.

Der Sitz des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ ist durch eine Verfügung des Herrn Hasenclever von Berlin nach Bremen verlegt worden.

Wie wir aus dem „Neuen Sozialdemokrat“ ersehen, hat die Polizeibehörde dem Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein das Abhalten von Versammlungen untersagt.

Seit dem 13. Juni erscheint in Prag die Expedition ist in Reichenberg, Kratzauerstraße Nr. 260—2/4 der unsern Lesern schon signalisirte „Arbeiterfreund“. Sozialpolitische Zeitschrift für das arbeitende Volk, redigirt von Gustav Kulhavý, herausgegeben von Rud. Aug. Wolf. Der „Arbeiterfreund“ erscheint am 2. und 4. Sonntag eines jeden Monats und kostet für Deutschland 50 Kr. = 10 Gr. Wir begrüßen diesen neuen Kampfen für die Emanzipation der Arbeiterklasse und wünschen, daß er seitens der Arbeiter durch zahlreiches Abonnement unterstützt werde.

Gewerkschaftliches.

Metallarbeitergewerkschaft.

Leipzig. Durch die Unregelmäßigkeiten der Bevollmächtigten ist es mir vielfach vorgekommen, daß Mitglieder das Reisegeld erhoben haben, ohne daß darüber im Buche quittirt worden war. Dieser Vorwurf trifft hauptsächlich Dresden. Ich mache bei dieser Gelegenheit auf den § 6, Passus 2 und 3 der Geschäftsordnung und Reisegeldcoupons Nr. 11 und 12 aufmerksam, wonach jeder Bevollmächtigte die ausbezahlten Gelder in die Quittungs-Legitimation einzutragen hat. Die Mitglieder haben auch darauf zu sehen, daß dies geschieht; sollte es doch wieder vorkommen, so wird das Reisegeld verweigert.

Obiges diene auch zur Kenntnignahme der vereinigten Gewerkschaften.
D. Ludwig, Bevollmächtigter.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Hofsa. Ein Wort zur Beherzigung an sämtliche Kollegen, namentlich an die Beamten unserer Gewerkschaft. Daß das Rassenwesen einer der ersten Grundlagen jeder Organisation ist, ist eine unbefreitbare Thatsache und trifft diese Wahrheit noch mehr bei den Arbeiterorganisationen zu, wo die Rassen in den Händen der Arbeiter eine Hauptwaffe und Kampfmittel gegen unsre Feinde sein sollen. Um zu unsren Rechten zu gelangen, müssen wir kämpfen, und bleiben uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen weiter keine Mittel zum Kampfe übrig, als die Massenorganisation und gegenseitige Aufklärung und gefüllte Rassen. Unfre Gewerkschaft besteht seit 5 Jahren und hat in jeder Beziehung einen mächtigen Schritt vorwärts gethan; allein das Rassenwesen läßt noch manches zu wünschen übrig. Ist gegen früher auch in dieser Angelegenheit schon vieles reformirt, so bedarf es doch unser Aller Anstrengung, um ein zufriedenstellendes Resultat zu erzielen. Wollen wir und müssen wir dies erreichen, so müssen sämtliche Mitglieder pünktlich am Schluß jeden Monats ihre Steuern entrichten, was um so billiger ist, als ja auch jedes Mitglied im Fall der Noth pünktlich seine Unterstützung beansprucht und andererseits dem Orts- wie Hauptkassirer, überhaupt der Verwaltung, das Amt dadurch wesentlich erleichtert wird. Ist der Kassirer etwas lau mit Einfindung der Gelder, so sind die Mitglieder verpflichtet, darauf zu dringen, daß er pünktlich sei, widrigenfalls er seines Amtes zu entsetzen ist. Auf die Ausfüllung der Abrechnungsformulare muß gleichfalls die größte Sorgfalt verwendet werden. Wer nicht in der angegebenen Weise seine Schuldigkeit thut, ist kein volles und ganzes Mitglied. Es sind nun auf der letzten Generalversammlung strengere Bestimmungen über Verlust der Mitgliedschaft getroffen worden, doch wünschen wir, daß dieselben nie angewandt zu werden brauchen, wo es aber nöthig, da müssen sie mit aller Strenge gehandhabt werden. Ferner muß wiederholt darauf aufmerksam gemacht werden, daß in Zukunft in den Ortsverwaltungen die größte Sparsamkeit eintreten muß. Ein Rassenwesen, wo Ordnung und Pünktlichkeit vorhanden ist, steigert nicht nur das Vertrauen und den Muth der eignen Mitglieder, sondern auch außerhalb der Gewerkschaft, und es ist unlegbar das beste Agitationsmittel. Auf diesem Gebiete kann also jedes Mitglied Agitator sein. Wir verlangen nun, daß der Anfang damit Ende dieses Monats gemacht wird. Jede Mitgliedschaft muß bis spätestens den 8. Juli ohne Rest abgerechnet haben und zu diesem Zweck ein großes Abrechnungsformular an Unterzeichneten einsenden. Wer beides versäumt, wird unerbittlich auch in Zukunft als Restant veröffentlicht. Jede Mitgliedschaft muß es sich für eine Schande anrechnen, zu den Restanten zu gehören. Für die Monate Juli und August werden wieder keine Abrechnungsformulare benutzt, September ein großes ic. In der am 1. v. M. stattgehenden geschlossenen Mitgliederversammlung wurde der Verwaltungsrath für nächstes Jahr wie folgt constituirt: B. Bod, Vorsitzender; Fr. Buderodt, Stellvertreter; August Köllin, Kassirer; Ulrich Köhler, Schriftführer. Als Revisoren und Beisitzer fungiren die Herren Caspar Burschen, August Weida und C. Laub. Kollegen! Mit frischem Muth und klugem Selbstvertrauen wollen wir gemeinsam an unsre Arbeit gehn. Thut allerorts eure Schuldigkeit, wie auch wir gewillt sind, die unsrige zu thun. Der Hauptkassirer A. Köllin, wohnt Hügelstraße 16. B. Bod, Berg 37.

Warum lassen unsre Rassen Genossen, die mehrmals ihren Beitritt aufs Bestimmteste erklärt, nichts mehr von sich hören? Soll das Versprechen bei den Arbeitern denselben Werth gewinnen wie in anderen Kreisen? — Ich ersuche dringend einen oder einige Rassen Genossen, mit mir über obigen Punkt in Verbindung zu treten.
D. D.

Hiesbaden. Die hiesigen Schuhmacher haben die Arbeit eingestellt. Werthe Kollegen! Die hiesige Schuhmachergewerkschaft hat es wegen zu ungleichmäßiger Lohnzahlung für dringend notwendig erachtet, einen Lohnstarif einzuführen. Bereits vor acht Tagen sandten wir dem hiesigen Meisterverein einen Tarif zu, mit dem Bemerkten, uns bis zum 6. v. Antwort darüber zugehen zu lassen. Da jedoch die Zeit verstrichen ist, ohne daß uns vom Meisterverein eine Antwort zu Theil wurde, vielmehr unsere gerechte Forderung in hiesigen Lokaltättern als ungerecht hingestellt wurde, so sind wir zu der Annahme veranlaßt, daß die Meister sich nicht

zuwillingig dazu verstehen wollen, unserem billigen Verlangen nachzukommen. Kollegen! Wir ersuchen Euch, vorerst dafür Sorge zu tragen, den Zuzug von hier fern zu halten.

Mit Brudergruß

J. A. Heinrich Schäfer, Schriftführer,
Orabengasse Nr. 3.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Wir bringen hierdurch zur Anzeige, daß die Generalversammlung nicht den 25., sondern den 24. Juni 1874, morgens 10 Uhr, auf dem Kranzhaus Proote 69 Hamburg, bei W. Hillbrandt, stattfindet, und ersuchen wir sämtliche Mitgliedschaften, die zu dem Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Verein gehören, zu der Generalversammlung Delegationen zu entsenden. Tagesordnung: 1) Abrechnungsbericht über das Cassenwesen seit Bestehen des Vereins. 2) Berathung der eingegangenen Vorlagen der Mitgliedschaften in Betreff des Vereins. 3) Berathung zur Neuwahl. Wir ersuchen noch sämtliche Mitgliedschaften, die nicht zu dem Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Verein gehören, ihre Aufträge mit Anschluß an den Verein gütlich bei uns einzusenden. Der Vorort.

Correspondenzen.

Leipzig, 10. Juni. Bis zu welchem Grade von Rohheit und Ungezogenheit sich ein „gebildeter“ Fabrikant verhalten kann, darüber hat Bebel persönlich auf einer Besuchsreise, die er letzten Sonnabend mit seiner Familie in seinen Wahlbezirk unternahm, eine recht drastische Erfahrung gemacht. In demselben Coupé, in dem B. von Leipzig abfuhr, befand sich unter andern auch ein Herr, dessen sehr wohlbeleibte Gestalt, feiste Vaden und ein Zug brutaler Arroganz um den Mund, verbunden mit dem Ausdruck der Borniertheit auf dem ganzen Gesicht, den Fabrikanten und Ausbeuter, wie er sein muß, kennzeichnete. Beim Wagenwechsel in Gößnitz kam der hier geschilberte Mensch, der mittlerweile von einem Mitreisenden erfahren, daß er mit B. im gleichen Coupé fahre, letzterem gegenüber zu sitzen. Neben B. sah ein in Gößnitz eingestiegener Weber, den B. kannte und mit dem er sich über den Geschäftsgang in der Weberei unterhielt. Das war für unsern Fabrikanten eine erwünschte Gelegenheit, sich unbenutzen in die Unterhaltung zu mischen. Einige Stohlfetzen über den schlechten Geschäftsgang bildeten die Einleitung seiner Rede, dann aber brach er plötzlich in ein wüthendes Geschimpf über die „Faulheit“ und „Anmaßung“ der Arbeiter aus, die nicht genug bekommen könnten und die schon Morgens 7 Uhr, wenn er, der Herr Fabrikant, seinen Spaziergang mache, in der Kneipe säßen und töffen und auch noch „ihelen“ wollten. Und nun sich mit vor Wuth geröthetem Gesicht gegen Bebel wendend, beschuldigte er diesen, all dieses „Unheil“ angerichtet zu haben und erging sich in einem Schwall von Schimpfworten, deren Wiedergabe wir in Rücksicht darauf, daß der „Volkstaat“ ein anständiges Blatt ist und jeder unserer Parteigenossen schon aus Erfahrung weiß, welcher Gemeinheit ein wüthendes Fabrikantengehirn fähig ist, wenn das Gespräch auf die Arbeiter kommt, unterdrücken wollen. Die Unverschämtheit des Herrn ging so weit, daß er selbst wagte, Bebel's Frau wegen ihres Mannes zu bedauern, eine Insult, die ihm von letzterem passend heimgezahlt wurde. Bebel wie der mitreisende Parteigenosse ließen es an der entsprechenden Abfertigung nicht fehlen, beide erklärten, daß es ihnen sehr erwünscht sei, konstatiren zu können, wie ein den „gebildeten und beständigen Kreisen“ sich zuwendender Mensch hier an einem öffentlichen Orte, ohne die geringste Veranlassung Mitreisende in einer Weise beschimpft und beleidigt habe, dessen der rohste und ungebildete Arbeiter sich schämen würde, und wie einem solchen Verfahren gegenüber man halt der jedenfalls sehr berechtigten gerichtlichen Klagestellung den Weg öffentlicher Brandmarkung vorziehen wolle. Konstatirt sei, daß sämtliche in demselben Wagen Mitreisende, mit Ausnahme von ein paar jungen Kaufleuten (!), laut ihre Entrüstung über das freigelassene Gebahren des Fabrikanten ausdrückten und Mehrere sich freiwillig zur Zeugenansage vor Gericht erbieten. Da Bebel im Wagen den Namen des „gebildeten“ Herrn nicht erfahren konnte, ließ er beim Aussteigen in Meerane seine Persönlichkeit feststellen und wurde er ihm als der Fabrikant Leithold aus Meerane bezeichnet. Auch wurden ihm gleichzeitig eine Menge Einzelheiten über dessen Privatleben und Privatcharakter mitgetheilt, die den Eindruck bestätigten, es mit einem mehr als bloß rohen und urgezogenen Menschen zu thun gehabt zu haben.

Unsere Besichtigenden und „Gebildeten“ können auf ihren „Vorkämpfer“, „der es Bebel tüchtig gefickt“, stolz sein; wir aber gehen über diesen Menschen mit Verachtung zur Tagesordnung über, überzeugt, daß diese Kampfesweise der Gegner unserer Sache nur nützen kann.

Leipzig, 10. Juni. (Deutscher Buchdrucker-Verband.) In den letzten Wochen beschäftigte sich der „Leipziger Bauverband“ mit den Arbeiten zum demnächst stattfindenden IV. Buchdrucker-Tage. Da es nicht Aufgabe des „Volkstaat“ sein kann, ausführliche Berichte über Vereinsversammlungen zu bringen, beschränken wir uns auf das prinzipiell Wichtige, die Gesamtheit der Arbeiter Interessirende. In einer der letzten Versammlungen standen unter anderem Anträge, betreffend die „Verbands-Invalidenkasse“ und „Produktionsgenossenschaften“ auf der Tagesordnung. Ueber beide Punkte referirte Ramm, und bringt der „Corresp. f. Deutschl. Buchdr. u. Schriftz.“ darüber das Nachstehende:

In seinem Referat über den ersten Punkt (Verbands-Invalidenkasse) sprach Ramm sich prinzipiell für eine reichliche Invalidenunterstützung aus, da ja jeder Arbeitsunfähige aus den Reihen der Concurrenden tritt; aus gleichem Grunde empfahl er auch die Unterstützung Conditionloser seitens des Verbandes; er wünscht jedoch, daß der Verbandstag mit einer Beschlusfassung sich nicht übereile, sondern die doch wohl in Aussicht stehende staatliche Anerkennung der Gewerksvereine abwarte, weil sich damit auch günstigere Chancen für die Unterstützung der Invaliden ergeben würden. Der Verband könne dann beispielsweise mit seinen 7000 Mitgliedern in ein Institut für Invalidenunterstützung eintreten — ein ähnliches Institut bestehe bereits als ein Zweig der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, wo schon jetzt über 30,000 Arbeiter für den Fall der Invalidität versichert seien etc. — Ueber die Produktionsgenossenschaften sprach Ramm sich in längerer Rede ungefähr folgendermaßen aus: Er müsse sich prinzipiell gegen dieselben erklären. Der Idealist — wie er sie nennen wolle —, die da meinen, mit den „eisernen“ Groschen der Arbeiter solche Genossenschaften zu gründen, um gegen das Kapital erfolgreich wirken zu können, seien glücklicherweise nur noch wenige. Man denke heute praktischer und nüchterner über diese Angelegenheit, wohl wissend, daß ein Einstuß auf den Weltmarkt in dieser Weise gar nicht zu erreichen sei, vielmehr eine wirkliche Besserung der Zustände nur durch die vollständige Beseitigung der heutigen Produktionsweise erfolgen könne. Der einzig praktische Nutzen,

den diese Assoziationen für uns könnten: die Procente für unsere eigenen Arbeiten nicht in die Tasche irgend eines Andern fließen zu lassen, sei mit den jetzt bestehenden vollkommen erreicht. Das, was man außerdem gern für die Arbeiter-Produktionsgenossenschaften anföhre, sei durch die Praxis widerlegt. Einmal wäre es nicht möglich, den Beweis zu liefern, daß die Arbeiter ein Geschäft zu führen verständen; denn Arbeiter, und zwar Lohnarbeiter seien es, die in der Regel den Druckereien verständen — der andere Grund, Pläge für Gemafregelte zu haben, sei aber ebenfalls hinsichtlich geworden, da einerseits die Erfahrungen gerade in Leipzig beinahe das Gegentheil ergeben hätten, andererseits aber die Kapitalisten mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangten, daß es sich nicht um einzelne Personen handele, sondern daß sie von ihrem Standpunkte aus die Arbeiter in ihrer Gesamtheit, als Klasse, zu bekämpfen hätten. Beweis: Leipziger Strife. Käme doch noch vereinzelt eine Maßregelung vor, so besäße der Verband wohl Mittel genug, dieselbe unschädlich zu machen. Er (Redner) müsse die Gründung von Produktionsgenossenschaften geradezu als reaktionär bezeichnen, und sei es Pflicht der Mitglieder, den Verband freizuhalten von Bestrebungen, die nicht hinein gehörten. Das aber die Arbeiter-Produktionsgenossenschaften reaktionär seien, das bewiesen die Erfahrungen, die man damit in Frankreich, sowie in dem Deutschland um mindestens 50 Jahre in der volkswirtschaftlichen Entwicklung vorausschreitenden England gemacht habe. Redner schloß mit den Worten von Carl Marx, daß, wenn die Arbeiter sich auf doctrinäre Experimente, wie Tauschbanken, Consumvereine, Sparvereine und Arbeiterassoziationen, also in eine Bewegung werfen würden, worin sie darauf verzichten, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb ihrer beschränkten Existenzbedingungen, ihre Erlösung vollbringen wollten, sie nothwendig scheitern müßten. — Der Antrag Ramm's: „Die einmal bestehenden, von Verbandsmitgliedern gegründeten Produktionsgenossenschaften (Produktionsgenossenschaft Deutscher Buchdrucker in Leipzig und Genossenschaftsgesellschaft in Berlin) sind vom Verbande zu übernehmen, die Gründung neuer jedoch abzulehnen“, wurde (gegen 2 Stimmen) angenommen.

Mit Annahme des Ramm'schen Antrages hat der Leipziger Verein seine Stellung zu den verschiedenen Anträgen anderer Vereine in dieser Angelegenheit in bestimmter Form ausgesprochen, und bleibt nur zu wünschen, daß der Buchdrucker-Tage, in richtiger Erkenntnis der Aufgaben des Verbandes, sich dem Leipziger Antrage anschließen werde.

Wir erhalten folgende

Berichtigung für Auswanderer.

New-York, den 23. Mai 1874.

Unter der Ueberschrift „für Auswanderer“ erschien in Nr. 116 des „Volkstaat“ vom 26. November 1873 die nachstehende Notiz: „Ich erlaube mir hiermit, diejenigen, welche nach Amerika zu gehen gesonnen sind, auf folgende Adresse aufmerksam zu machen: Fr. Firner, Arbeiterhalle, Eldridgestraße 94, New-York“. Der Besitzer derselben ist ein aktiver und uneigennütziger Parteigenosse; auch ist derselbe eifrig bemüht, jedem zu seinem Fortkommen behilflich zu sein. J. Johnson.

Wir fühlen uns veranlaßt, die Wahrheit des Besagten ausfindig zu machen; wir müssen aber zu unserm Leidwesen sagen, daß es sich ganz anders verhält, als der unterzeichnete, J. Johnson angibt. Wir können deshalb unsern Parteigenossen, welche gesonnen sind, nach New-York zu kommen, das Lokal 94 Eldridgestraße, gehalten von Fr. Firner nicht empfehlen.

Im Auftrage der Sektion 1 der J. A. A. zu New-York:

Der corr. Sekretär:

A. Henninger.

Arbeitshofen.

Seit längerer Zeit schon findet sich unter dieser Ueberschrift eine stehende Annonce im „Volkstaat“, in welcher Acht englische Lederhofen zum Preise von 1 Thlr. 16 Gr. empfohlen werden.

Da nun in hiesiger Gegend, wo englisches Leder zu Arbeitszeug allgemeine Verwendung findet, ebenso allgemein bekannt ist, daß derartige Arbeitshofen nicht unter 4 Thlr. hergestellt werden können, so ließen einige meiner Bekannten sich eine solche Achte englische Lederhose schicken, und fanden, daß das sogenannte englische Leder gewöhnliches Unterfütterzeug war. Ohne nun untersuchen zu wollen, ob Arbeitshofen von diesem sogenannten Achten englischen Leder für 1 Thlr. 16 Gr. preiswürdig sind oder nicht, hielten wir uns für verpflichtet, hierdurch vor fernerer abschlicher Täuschung nachdrücklich zu warnen, es der Redaktion des „Volkstaat“ resp. dem Pariausschuß überlassend zu entscheiden, ob auf Täuschung berechnete Annoncen noch fernere im „Volkstaat“ Platz finden dürfen.

Der etwaige Einwand, daß ja von Prima-Qualität in der Annonce keine Rede sei, ist deshalb hinfällig, weil die meisten Arbeiter Acht englisches Leder ganz selbstverständlich für die beste englische Waare, und nicht für Lumpenstoff halten.

Ueber die „Stern-Annonce“ ein ander Mal. Th. Nord.

*) Die Redaktion kann unmöglich für etwaige Täuschungen durch Privatannoncen verantwortlich gemacht werden. Entweder sind prinzipiell alle Annoncen zurückweisen, welche nicht auf die Partei und auf Parteiangelagenheiten Bezug haben. Oder es muß der Redaktion überlassen sein, bei Ausnahme solcher Annoncen nach bestem Urtheil zu verfahren, und falls sich herausstellt, daß sie sich getäuscht hat, dies bekannt zu geben und die weitere Aufnahme der betr. Annonce zu verweigern. R. d. S.

Fond f. pol. Gemafregelte.

Von G. hier Gr. 3 5.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilsquittungen erpiefien ferner: In Leipzig G. d. U. 2 Thlr.

Briefkasten

der Redaktion. Ebert in Wilmsh. Die 4 Thlr. sind nach Müllers St. Nikolaus geschickt. Numme Braunschweig: Nächste Nummer. Der Expedition. Schindler Berlin Schr. 9 Gr. Karl Weimar Schr. 12 Gr. Ar hier Ann. 10 Gr. D. Plagwitz Ab. 1 Thlr. Antl Lindenwalde Ann. 12 Gr. Strang Zeit Schr. Gr. 12 5. Vil Berlin Schr. Gr. 9 8. G. B. Hirschberg Schr. Thlr. 1 28 5. R. Schlichte Dresden Ab. 1. D. 15 Thlr. G. hier Schr. Thlr. 3 15. Arb. Ber. Thonberg Ann. 4 Gr. Vah hier Schr. Gr. 15 3. Egrin hier Ab. 2. D. G. R. Thlr. 2 23. Arb.-Part. Barmen: Die Ann. kam für die Freitagz. zu spät. Mitgliedschaft Berlin: Die Ann. Vorschlüsse Anzeige L. 26 Gr. Vergnügungcomité Hamburg: Die Annoncen L. Thlr. 1 25.

Anzeigen etc.

Altona Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, den 18. Juni, Abends halb 9 Uhr: Versammlung im Schwanenbadermännchen. Vortrag des Herrn Praas über die Sozialdemokratie und deren Gegner. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Berlin

Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Donnerstag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr:

Geschlossene Mitgliederversammlung

Prinzenstraße 72 bei Carius.

Tagesordnung: Der Parteicongress. — Abrechnung. — Verschiedenes. Karte legitimirt. Diese Versammlung ist ihrer Wichtigkeit wegen zahlreich zu besuchen. N. Heusch, Vertrauensmann.

Berlin

Gewerkschaft der Mannufaktur-Arbeiter.

Sonnabend, den 20. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung

Frankfurterstraße Nr. 84, vis-à-vis der Wasmannstraße. Vortrag des Herrn Gerstenberg.

Die Mitglieder werden aufgefordert, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen und Gäste mitzubringen. Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert. C. Ficker.

Breslau

Sonntag, den 21. Juni:

„Ausflug nach Pirscham“

von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sowie der hier bestehenden Gewerkschaften, wozu die Mitglieder des Gesangsvereins „Sängerrunde“ und alle Freunde der Arbeitersache hiermit eingeladen werden. — Versammlungsort: Bäckers Garten, Kisterstraße 80. Abmarsch Nachmittags präzis 3 Uhr.

Diejenigen, welche den Ausflug per Bahn unternehmen wollen, melden sich bis Freitag Abend im Colonialwaarengeschäft des Herrn Dietze, Maritimplatz 6a.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht Der Vertrauensmann.

Kleinzschocher

Demokratischer Arbeiterverein.

Sonnabend, den 20. d. M., Abends 8 Uhr, Lange's Restauration. — L.-O.: 1) politischer Wochenbericht. 2) Gemeindegelagenheiten. — Gäste sind willkommen. D. S.

Leipzig

Sozial-demokr. Arbeiter-Verein.

Donnerstag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr im

Saale des Eldorado.

Tages-Ordnung: Die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine und die internationalen Gewerkschaften. — Sozial-politischer Wochenbericht, Referent A. Wille.

Von den Mitgliedern des Vereins wie der Gewerkschaften wird erwartet, daß sie am Platze sind. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Leipzig

Gewerkschafts-Vorstände.

Freitag, den 19. Juni, Abends halb 9 Uhr: Zusammen-

kunft bei Winkler, Kleine Windmühlstraße Nr. 10. Kircken.

Das badische Agitationscomité welches (soviel mir bekannt ist) in Mannheim seinen Sitz hat, wird gebeten, die Adresse des Vorsitzenden an Unterzeichnetem als möglich einzufenden. Oscar Rosenbain, Fofamentir, altes Schulhaus part., Schwenningen.

Würzburg

Montag, den 29. laufenden Monats findet hierorts

ein

Großes allgemeines Arbeiterfest,

verbunden mit Gartenfest und Festrrede im Gutten'schen Garten statt.

Der Beginn desselben ist Nachmittags 3 Uhr. Um 9 Uhr Abends Festrrede sodann Fortsetzung des Festes in den Sälen.

Alle hiesigen und auswärtigen Freunde und Parteigenossen sind hierzu gegiemend eingeladen.

Entré 18 Kreuzer, Damen frei.

Karten sind bei M. Wefeser, Sanderstraße 2, und Caffee Bollmuth zu haben. J. A.: D. S.: M. Wefeser.

Lyola. Ein. un. 20. 1874. [9]

Oberrheinischer Arbeitertag zu Mannheim.

Sonntag, den 21. d. M., Morgens 10 Uhr, im Lokal „Zum grünen Haus“: Conferenz.

Tagesordnung: Organisation und Agitation für Süddeutschland.

Nachmittags 3 Uhr: Volksversammlung in demselben Local.

Tagesordnung: 1) Die bürgerliche Demokratie und die Sozialdemokratie. 2) Die Gewerkschaftsbewegung. 3) Die Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Referenten sind die Herren: Sabor, Kuer, Schmidt, Berg, Leyendecker, Löwenberg und Ehrhard.

Abends gefellige Unterhaltung.

Wir fordern unsere Parteigenossen aus Nah und Fern auf, im Interesse der Partei diesen Arbeitertag zu besuchen.

2a) Das Agitations-Comité.

! Generalversammlung !

! der Räte !

Donnerstag, den 18. Juni, im Hauptquartier.

Bitte um zahlreiches Erscheinen: Beschlußfassung über straffere Organisation. Berathung über verschiedene wichtige Punkte.

Räte aller Sectionen! versammelt euch!

Leipzig, 14. Juni 1874.

Der Generalsek.

Von den Kritikern

„Zum Prozeß Bazaine“

haben wir eine kleine Anzahl Separatdrucke anfertigen lassen und liefern solche zu 2 Agr. pro Exemplar.

[35a]

Expedition des „Volkstaat“.

Hlas Reimensberger wird ersucht, seine Adresse sowie Bericht vom Oberndorf an Unterzeichneten einzufenden.

Oscar Rosenbain, Fofamentir, altes Schulhaus part., Schwenningen, im Schwarzwald.

! Unlieb verspätet !

Der Gesangssection des Arbeiterbildungsvereins Leipzigs sprechen Unterzeichnete ihren herzlichsten Dank aus für die Freundlichkeit und Bereitwilligkeit womit dieselbe durch ihre frischen, kräftigen Vlieder zur Erheiterung und Verschönerung der Montag (8. Juni 74) Abends stattgehabten Abschiedsfeier zu Ehren unseres Freundes Wihl. Blas beigetragen hat. Leipzig, 12. Juni 74. „Die Räte.“ Der Delegirte.

Gustav Rübner †.

„Die Guten sterben jung, doch deren Herzen trocken wie der Staub des Sommers, brennen bis zum letzten Stumpf.“

Herwegh.

Raum haben wir von einem unserer Freunde Abschied auf 3 Monate nehmen müssen, — 9. Juni —, so beklagen wir schon heute wieder den Verlust, den dauernden, eines unser treuesten Genossen und Mitgliebers unseres Clubs. Was er durch seine Selbstlosigkeit und seinen Feuergeist für die Partei gethan, ist schon mündlich und schriftlich von dazu Berufenen gehörend angesprochen worden. Und liegt es ob, auch jener Eigenschaften zu gedenken, die ihn im Privatverkehr mit Fremden und Genossen auszeichneten. Wir haben in ihm nicht nur einen thätigen, strebsamen Parteigenossen, sondern auch einen lieben, treuen, anhänglichen Freund und Bruder verloren. An uns ist es aber auch, jenen Geist der Opferwilligkeit, der feurigen, rasklosen Thätigkeit, der ihn befeuerte, unter uns zu pflegen und jene glühende Leidenschaft nicht fertalt zu lassen, ohne die in der Geschichte kein Stein ohne andern gerückt wird, an der alle Verfolgungen unserer Feinde und die selbst in Schanden werden, mit der wir über kurz oder lang den Sieg erringen müssen und werden. So können wir den Todten am besten ehren!

Leipzig, 13. Juni 1874.

„Die Räte.“

Leipzig: Verantw. Redakteur: M. Preißer. (Redaktion u. Expedition Schulstraße 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.